

19. Wahlperiode

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

**Berlin geht voran: Gegen die Diskriminierung von Menschen mit HIV im Arbeitsleben!
#positivarbeiten**

Drucksachen 18/3545, 18/3999 und 19/0036 – Schlussbericht –

Der Senat von Berlin
Fin IV LSt Diversity 1 - P 7100-2/2021-3-24
9020 2331

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über

Berlin geht voran: Gegen die Diskriminierung von Menschen mit HIV im Arbeitsleben!
#positivarbeiten

- Drucksachen Nr. 18/3545, Nr. 18/3999 und Nr. 19/0036 - Schlussbericht -

Die Senatsverwaltung für Finanzen legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 19.08.2021 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, für das Land Berlin die Deklaration „#positivarbeiten - Respekt und Selbstverständlichkeit: Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben“ der Deutschen Aidshilfe zu unterzeichnen und sich damit den Zielen für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst zu verpflichten.

Die Bezirksverwaltungen, Landesbehörden und -ämter sowie Beteiligungsunternehmen des Landes sollen durch den Senat über die Deklaration in Kenntnis gesetzt werden. Um ihren Beitritt zu der Initiative soll geworben werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2021 über den Beitritt zur Deklaration und die Umsetzung der dort formulierten Maßnahme und Ziele zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

Am 23.11.2021 hat der Senat die Unterzeichnung der Deklaration „#positiv arbeiten“ beschlossen. Dem Abgeordnetenhaus wurde am 01.12.2021 ein Zwischenbericht zur

Umsetzung der Maßnahmen vorgelegt (Drucksache Nr. 19/0036). Ergebnis des Zwischenberichtes war, dass eine Implementierung entsprechender Maßnahmen in die bereits bestehenden umfangreichen Maßnahmenstrukturen zur Förderung eines diskriminierungsfreien Arbeitslebens grundsätzlich möglich ist. Die Unterzeichnung der Deklaration erfolgte daher am 02.12.2021 durch Herrn Dr. Matthias Kollatz (Senator für Finanzen a.D.) stellvertretend für die Senatsverwaltungen bzw. den Senat.

Die Senats- und Bezirksverwaltungen wurden im Anschluss durch Senator Wesener mit Schreiben vom 03.02.2022 über die im Dezember 2021 erfolgte Unterzeichnung der Deklaration informiert und zur weiteren Umsetzung einzelner Maßnahmen aus der Deklaration, bzw. im Falle der Bezirksverwaltungen zur Unterzeichnung angeregt. Darüber hinaus wurden die Senatsverwaltungen gebeten, bei den ihnen nachgeordneten Behörden sowie bei den Beteiligungsunternehmen für einen Beitritt zu werben.

Eine Abfrage zum Umsetzungsstand bei den Senatsverwaltungen vom 27.05.2022 hat ergeben, dass eine Implementierung entsprechender Maßnahmen in die bereits bestehenden umfangreichen Maßnahmenstrukturen zur Förderung eines diskriminierungsfreien Arbeitslebens erfolgt ist sowie zusätzliche Maßnahmen verankert werden konnten.

Eine Abfrage bei den Bezirksverwaltungen vom 27.05.2022 hat ergeben, dass die Deklaration bereits von sechs Bezirksbürgermeister_innen unterzeichnet wurde, ein Bezirksamt bereitet die Unterzeichnung derzeit vor.

Darüber hinaus wurde die Deklaration am 11.07.2022 zusätzlich von der Regierenden Bürgermeisterin Frau Franziska Giffey unterzeichnet.

Im Einzelnen:

Maßnahmen (1) und (2)

„Wir fördern aktiv ein respektvolles Miteinander im Arbeitsalltag. Wir stehen ein für Menschen mit HIV und anderen chronischen Erkrankungen. Diskriminierung treten wir entschieden entgegen.“

„Wir machen in unseren Unternehmen deutlich: Mitarbeiter_innen mit HIV sind willkommen und können sich offen zeigen, wenn sie es wünschen.“

Auf die Ausführungen im Zwischenbericht (Drucksache Nr. 19/0036) wird verwiesen. Wie im Zwischenbericht angekündigt wurde die Deklaration „#positiv arbeiten“ in vergleichbarer Weise wie das Leitbild „Weltoffenes Berlin – chancengerechte Verwaltung!“ zwecks Verbreitung den Senats- und Bezirksverwaltungen zur Verfügung gestellt. Dem Schreiben von Senator Wesener vom 03.02.2022 an alle Senator_innen sowie dem gesonderten Schreiben vom 03.02.2022 an alle Bezirksbürgermeister_innen wurden neben der Dekla-

ration weitere Informationen beigefügt wie ein Factsheet und der Hinweis auf ein E-Learning-Angebot der Deutschen Aidshilfe e.V. zum Thema HIV im Arbeitsleben. Die Informationen wurden durch die jeweiligen Verwaltungen in eigener Zuständigkeit verbreitet und bekanntgemacht.

Darüber hinaus bestehen in einigen Senatsverwaltungen zusätzliche hausinterne Leitbilder, die Wertschätzung und den respektvollen Umgang mit ihren Mitarbeitenden verankern, z.B. das „Leitbild der Senatsverwaltung für Finanzen“. Diese Leitbilder wurden allen Beschäftigten kommuniziert und Führungskräften in Workshops nahegebracht. Auch einzelne Dienstvereinbarungen zeigen, dass Diskriminierung entschieden entgegengetreten wird, so z.B. eine Dienstvereinbarung für ein wertschätzendes Miteinander und zum Schutz vor Mobbing, sexueller Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz der Senatsverwaltung für Kultur und Europa.

In der Senatsverwaltung für Kultur und Europa wurde zudem eine Prozessuntersuchung zur Identifizierung von Diskriminierungsrisiken in Personalgewinnungs- und Auswahlprozessen durchgeführt.

Maßnahme (3)

„Im Fall von Diskriminierung können sich unsere Mitarbeiter_innen an Beschwerdestellen beziehungsweise geschulte Ansprechpartner_innen wenden.“

Auf die Ausführungen im Zwischenbericht (Drucksache Nr. 19/0036) insbesondere die dort erwähnte Rahmendienstvereinbarung zu den Beschwerdestellen nach § 13 Abs. 1 S. 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wird verwiesen.

Maßnahme (4)

„Wir sorgen dafür, dass Führungskräfte im Bereich Personalmanagement und im Betriebsrat aktuelle Kenntnisse über das Leben mit HIV erwerben.“

Um Kenntnisse über das Leben mit HIV zu erwerben wurden darüber hinaus in vielen Senatsverwaltungen die Führungskräfte und die Beschäftigtenvertretungen gesondert informiert mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das E-Learning-Angebot der Deutschen Aidshilfe e.V. Hierzu gab es teilweise ein gesondertes Controlling, um zu überprüfen, inwieweit das Angebot angenommen wurde. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen im Zwischenbericht (Drucksache Nr. 19/0036) verwiesen.

Maßnahme (5)

„Wir verlangen weder bei der Einstellung noch im Rahmen betriebsärztlicher Untersuchungen einen HIV-Test und fragen auch nicht nach einer HIV-Infektion.“

Weiterhin gilt, dass im Rahmen der Einstellung grundsätzlich nicht nach einem HIV-Test bzw. einer HIV-Infektion gefragt wird (vgl. Ausführungen im Zwischenbericht (Drucksache Nr. 19/0036).

Maßnahme (6)

„Wir signalisieren öffentlich, dass wir uns mit HIV auseinandergesetzt haben, und publizieren diese Deklaration und andere Materialien zum Umgang mit HIV auch in unseren internen Medien.“

Ein öffentliches Signal durch Information über die bzw. Publikation der Deklaration im Intranet bzw. im Beschäftigtenportal der Berliner Verwaltung sowie weiterer Materialien hat stattgefunden. Es erfolgten z.B. eine Pressemitteilung der SenFin vom 23.11.2021 und Veröffentlichungen in den Beschäftigtenportalen der Berliner Verwaltungen.

Der Deutsche Aidshilfe e.V. stellt weitere Informationsmaterialien über die Deklaration „#positiv-arbeiten“ sowie das Leben mit HIV online auf seiner Website zur Verfügung (<https://www.aidshilfe.de/positivarbeiten-material>). Neben dem Deklarationstext und dem Deklarationslogo findet sich dort zum Download bereitgestellt: Ein Informationsflyer, Basisinformationen, ein Factsheet zu HIV und Arbeit. Des Weiteren stellt der Deutsche Aidshilfe e.V. Druckvorlagen für A2- oder A3-formatige, individualisierbare Plakate zur Verfügung.

Diese Materialien wurden durch Senats- und Bezirksverwaltungen verwendet und verbreitet. Die Deklaration, sowie die bereitgestellten Informationsmaterialien wurden in hausinternen Newslettern, in den Beschäftigtenportalen und per Mail an Beschäftigte sowie Führungskräfte kommuniziert. Weiterhin wurde auf das oben genannte E-Learning Angebot der Deutschen Aidshilfe e.V. aufmerksam gemacht. Auch am Deutschen Diversity Tag am 31.05.2022 wurde die Deklaration und das Thema HIV am Arbeitsplatz in vielen Senats- und Bezirksverwaltungen thematisiert. Ebenfalls sind Aktionen in Bezug auf die Deklaration am Weltaidstag am 01.12.2022 geplant.

Ich bitte, meine Berichtspflicht mit vorstehenden Ausführungen als erledigt anzusehen.

Berlin, den 13.09.2022

Der Senat von Berlin

Franziska Giffey
Regierende Bürgermeisterin

Daniel Wesener
Senator für Finanzen